

## Protokoll Einwohnerrat Wohlen

20. Sitzung vom 14. Oktober 2024 von 18:00 bis 19:50 Uhr Casino Wohlen

---

**Vorsitz** Marc Läufer, Präsident  
**Protokollführung** Michelle Hunziker, Gemeindeschreiberin II

**Präsenz** **Einwohnerrat 18.00 – 19.30 Uhr**  
Mitglieder des Einwohnerrats: 38  
Absolutes Mehr: 20  
Zweidrittelsmehr: 26

**Einwohnerrat 19.31 – 19.50 Uhr**  
Mitglieder des Einwohnerrats: 39  
Absolutes Mehr: 20  
Zweidrittelsmehr: 26

### **Gemeinderat**

Arsène Perroud, Gemeindeammann  
Thomas Burkard, Vizeammann  
Roland Vogt, Gemeinderat  
Ariane Gregor, Gemeinderätin  
Denise Strasser, Gemeinderätin

### **Weitere Anwesende**

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber  
Jessica Wüest, Gemeindeschreiber-Stv.  
Nicole Brunner, Abteilungsleiterin Betriebsamt  
Thomas Laube, Bereichsleiter Finanzen und Ressourcen  
Roland Frick, Finanzverwalter  
Flurin Burkard, Bereichsleiter Gesellschaft, Soziales und Bildung  
Susanne Breitschmid, Abteilungsleiterin Soziale Dienste  
Marcel Christen, Bereichsleiter Sicherheit  
Marco Veil, Chef Regionalpolizei  
Paul Bitschnau, Präsidium SLK  
Franziska Walti, Präsidium SLK  
Markus Beeler, Bereich Finanzen SLK

Stefan Leuenberger, Bereichsleiter Planung, Bau und Umwelt  
Gaetano Fiscelli, Abteilungsleiter Baugesuche  
Pascal Wagner, Abteilungsleiter Informatik

**Entschuldigungen**

Mergim Gutaj, SP, **anwesend ab 18.04 Uhr**  
Harry Lütolf, Die Mitte, **anwesend ab 18.07 Uhr**  
Michelle Gregor, Die Mitte, **anwesend ab 19.31 Uhr**  
Renato-Raffaele Hübscher, SVP

## TRAKTANDEN

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahmen
  - Diana Holliger, SVP
  - Pia Sieroka, Grüne
3. Bericht und Antrag 15121 Amtliche Publikationen der Gemeinde Wohlen – Umsetzung Motion 15095
4. Budget 2025 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (15120)
5. Motion 15093 betreffend Erhöhung der Transparenz für geplante Beiträge an den Sportpark Bünzmatt
  - ▶ Der Gemeinderat ist bereit die Motion entgegenzunehmen
6. Postulat 15112 betreffend Liquidation der Sportpark Bünzmatt AG und die Übernahme der Aktiven und Passiven durch die Gemeinde
  - ▶ Der Gemeinderat ist bereit das Postulat entgegenzunehmen

Läufer Marc, Präsident:

### **Eingänge**

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 9. September 2024 zu verzeichnen:

- Budget 2025 der Einwohnergemeinde (15120)
- Haltung zur Motion 15093 betreffend Erhöhung der Transparenz für geplante Beiträge an den Sportpark Bünz matt
- Haltung zum Postulat 15112 betreffend Liquidation der Sportpark Bünz matt AG und Übernahme der Aktiven und Passiven
- Anfrage 15123 betreffend Stand der Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetz Art. 22
- Motion 15124 betreffend Wahlen 2025: Einwohnerrat und der 1. Wahlgang Gemeinderat sollen gemeinsam im Oktober 2025 abgehalten werden
- Anfrage 15125 betreffend Kosten-Nutzen-Rechnung Gemeindehaus
- Einladung zur Jugendsession

### **Rücktritt und Verabschiedung Valentin Meier**

Meier Valentin, SP: verliest sein Rücktrittsschreiben.

Läufer Marc, Präsident: Valentin Meier war Mitglied des Einwohnerrates vom 1. Januar 2018 bis 14. Oktober 2024, das heisst er ist an der heutigen Einwohnerratssitzung noch dabei. Der Kommission für Gesellschaftsfragen hat er angehört vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2023. In der FGPK war er Mitglied vom 9. November 2020 bis 14. Oktober 2024. Ich danke Valentin Meier herzlich für seinen Einsatz.

## **Inpflichtnahme von Diana Holliger, SVP, und Pia Sieroka, Grüne**

---

Läufer Marc, Präsident: liest das Amtsgelübde vor.

Diana Holliger, SVP, leistet für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Diana Holliger ist somit als Nachfolgerin von Jonathan Nicoll, SVP, in Pflicht genommen.

Pia Sieroka, Grüne, leistet für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates. Pia Sieroka ist somit als Nachfolgerin von Barbara Wüthrich, Grüne, in Pflicht genommen.

**Bericht und Antrag 15121 Amtliche Publikationen der Gemeinde Wohlen  
– Umsetzung Motion 15095**

---

Parvex Olivier, FGPK: Die amtlichen Publikationen der Gemeinde Wohlen sind so etwas wie der Bumerang des Geschäftsjahres 2024 des Einwohnerrates. Das Geschäft kommt nämlich immer wieder zurück zu uns. Wir haben bereits mehrmals im Rat darüber beraten.

Die FGPK hat das Geschäft an seiner letzten Sitzung eingehend geprüft und diverse Fragen dazu gestellt. Mit dem Bericht und Antrag 15121 sollen die amtlichen Publikationen von der Gemeinde Wohlen wieder im Wohler Anzeiger und in der Aargauer Zeitung als Inserat publiziert werden. So wie es die Motion 15095 verlangt, welche der Einwohnerrat am 13. Mai 2024 überwiesen hat. Der Gemeinderat geht davon aus, dass das die Gemeinde pro Jahr rund CHF 67'000 kostet. Der Betrag ist nicht ausschliesslich für die Inseratenkosten bei den Zeitungen, sondern auch für die Druckkosten für die verschiedenen amtlichen Publikationen von der Gemeinde. Mit der Publikation in den Zeitungen entsteht noch weiterer Aufwand, welcher im Antrag vom Gemeinderat nicht aufgeführt ist. Das Vorbereiten, Kontrollieren und in Auftrag geben von den Inseraten und Druckerzeugnissen für die amtliche Publikationen bindet gemäss Kanzlei 5 bis 10 Stellenprozent über die ganze Verwaltung. Für die Mehrheit der FGPK ist das doch ein grosser, wenn nicht auch unverhältnismässiger Aufwand. In der Zwischenzeit hat sich ebenfalls geändert, dass es viel mehr Baugesuche von der Gemeinde Wohlen selbst gibt. Beispielsweise muss neu jede Strassenlampe als Baugesuch publiziert werden, hat der Gemeinderat in der Kommission erklärt.

Wichtig für die FGPK ist, dass alle interessierte Wohlerinnen und Wohler, die das möchten, die amtliche Publikationen erhalten. Und zwar in dem Format, in dem sie es möchten. Das ist auch ohne Zeitungsinserat sichergestellt. Die amtlichen Publikationen können bequem digital und/oder per Post bestellt werden – gratis. Für das ist auch kein Zeitungsabonnement nötig.

All diese Gründe haben dazu geführt, dass eine Mehrheit von der FGPK gegen die Wiedereinführung von den amtlichen Publikationen in den Printmedien ist. Der Gemeinderat hat der FGPK versichert, dass es bis jetzt keine negativen Rückmeldungen aus der Bevölkerung gebe, weil die amtlichen Publikationen seit anfangs Jahr nicht mehr in der Zeitung erscheinen.

Eine Minderheit von der Kommission würde aber gerne wieder die amtlichen Publikationen in der Zeitung lesen. Sie befürchtet auch, dass für gewisse Wohlerinnen und Wohler – vor allem ältere Einwohner – die Hemmschwelle zu gross ist, bei der Gemeinde einen digitalen Newsletter oder die ausgedruckte Version den amtlichen Publikationen zu bestellen.

Die Mehrheit von der FGPK empfiehlt im Einwohnerrat aus Spargründen, aus Effizienzgründen und im Sinne der Digitalisierung den Bericht und Antrag 15121 abzulehnen. Im Einzelnen heisst das:

- Nein zum Antrag 1 – der Wiedereinführung der Erstellung und Veröffentlichung der amtlichen Publikationen in den Printmedien ab dem 1. November 2024
- Nein zum Antrag 2 – Nachtragskredit von CHF 11'000 für das Jahr 2024
- Ja zum Antrag 3 – Abschreibung der Motion 15095

Das in der Hoffnung, dass das Geschäft damit endgültig erledigt ist.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Der Antrag, der Ihnen der Gemeinderat stellt, ist das Rückgängigmachen von Ihrer eigenen Einsparung, welche Sie an der letzten Budgetsitzung vor knapp einem Jahr beschlossen haben. Der Gemeinderat hat es der FGPK bereits ausgeführt respektive haben wir es in der Darlegung von der Haltung zur Motion aufgezeigt, dass die gefundene Lösung zweckmässig ist und ihr Ziel erfüllt und wir damit alle Anforderungen abdecken und gleichzeitig die Einsparungen machen können. Die Lösung, welche der Einwohnerrat beschlossen hat, ist namentlich auf die amtlichen Publikationen in den

Printmedien zu verzichten und das zu Verfügung stellen der amtlichen Publikationen über die Webseite respektive über ein Abonnement, welche die Einwohnerinnen und Einwohner bestellen können. Wir legen Ihnen hier die Rückgängigmachung von den Budgetpositionen aus dem letzten Budget vor. Wir haben sie Eins-zu-eins anteilmässig für die letzten zwei Monate von diesem Jahr zurückgestellt. So kommt man auf den konkreten Antrag von CHF 11'000. Da ist nichts anderes gemacht worden. In den Zahlen haben wir keine anderen Anpassungen vorgenommen. Ihre Entscheid, welchen Sie letztes Jahr gefällt haben, soll mit diesem Antrag wieder rückgängig gemacht werden, so wie es auftragsgemäss in der Motion formuliert wurde.

## Fraktionsmeinungen

Breitschmid Manfred, SVP: Ich danke dem Gemeinderat für den Bericht und Antrag zur Motion 15095. Was ist das Ziel der amtlichen Publikation? Eine gut orientierte Wohler-Bevölkerung. Es kann nicht im Interesse der Politik und des Gemeinderates sein, eine rückständige Informationspolitik zu betreiben. Mit der Änderung des Informationssystems des Gemeinderates wurde von der Bringschuld zu einer Holschuld gewechselt. Im Wissen, dass damit ein rechter Teil der Bevölkerung abgehängt wird. Die Bringschuld durch die Gemeinde war die Publikation durch unsere bewährten Zeitungen Wohler Anzeiger und Aargauer Zeitung, einfach und bequem für den Leser. Ein System wie in den restlichen Gemeinden des Freiamtes. Die Holschuld, die wir jetzt haben: Wir müssen über die digitale Infrastruktur verfügen oder uns für den Postversand melden. Wir müssen uns melden, wenn wir die Postzustellung wollen. Bewusst so gewählt vom Gemeinderat. Warum hat der Gemeinderat die Bevölkerung nicht gefragt, wer wünscht die Postzustellung? Ja, dann wären alle finanziellen Überlegungen verpulverisiert gewesen. Der Gemeinderat nimmt lieber eine mangelnd informierte Bevölkerung in Kauf. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen für die Zustimmung zu den gestellten Anträgen.

Angst Matthias, GLP/EVP: Im letzten Mai legte mein Kollege Olivier Parvex kompetent dar, warum unsere Fraktion einen möglichst einfachen, unkomplizierten Zugang zu Behördeninformationen und -publikationen unterstützt. Dieser Schritt liegt in der Digitalisierung, was wir sehr unterstützen und für richtig erachten. Die Informationen der Gemeindebehörde müssen uns Bürgerinnen und Bürgern kostenlos und rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Dies ist mit der aktuellen Lösung der Fall. Alle, ob gerade in Wohlen oder im Urlaub, ob Zeitungsabonnentin oder nicht, können die Informationen gratis und ohne Aufwand digital erhalten. Mit dieser Zustellung ist man bestens und zeitnah informiert. Allen in diesem Saal und darüber hinaus, die die Abo-Dienste der Gemeinde noch nicht nutzen, sei dies wärmstens ans Herz gelegt. Sie erfahren mit absoluter Sicherheit mehr und ausführlicher, als wenn sie die reduzierteren Informationen mühsam im Blätterwald zusammensuchen müssen. Wir werden nach diesem Traktandum übers Budget debattieren. Wir haben im Bericht und Antrag auch gesehen, wie viel uns der Exklusivservice für zahlende Abonnenten regionaler Printprodukte kosten würde. Das können und wollen wir uns nicht leisten. Nicht zuletzt setzt sich unsere Fraktion auch für alle Bauherrinnen und Bauherren ein, die nebst dem sonst schon teuren Bauen unnötige Zusatzkosten für gedruckte amtliche Publikationen übernehmen müssten. Wir haben jetzt einen günstigen, umfassenden Service zur Verfügung. Wenn wir einen teuren, unnötigen Zusatz wieder einführen, dann wäre das in hohem Mass illiberal. Dagegen wehren wir uns. Meine Fraktion lehnt die Motion aus diesen Gründen weiterhin ab und wird einhellig dagegen stimmen.

Meyer Hans Rudolf, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon hat schon bei der Überweisung der Motion 15095 das Vorgehen einiger Einwohnerräte kritisiert. Für uns ist es unverständlich, wenn gegen den Willen des Gemeinderates der Steuerfuss gekürzt wird, Streichungen beantragt und bewilligt werden und nur ein paar Wochen später Budgetkürzungen wieder mit einer Motion rückgängig gemacht werden sollen. Aus unserer Sicht ist dies sehr unprofessionell und nagt an der Glaubwürdigkeit des Einwohnerrates. Es fehlt da eindeutig am Sparwillen.

Der FGPK-Sprecher hat vorhin den Ablaufprozess erklärt, ich wiederhole dies jetzt nicht mehr. Wichtig ist mir einfach nochmals darauf hinzuweisen, dass das Aufarbeiten der amtlichen Publikationen 5 bis 10 Stellenprozente über die gesamte Verwaltung verteilt auf zwei halbe Tage verursacht und Ressourcen des Personals belastet, das anderswo sinnvoller eingesetzt werden kann.

Allen Bürgerinnen und Bürgern ist es möglich mit der aktuellen Lösung die amtlichen Publikationen zu lesen, sei es digital auf der Homepage der Gemeinde, sei es im Schaukasten vor dem Gemeindehaus oder sei es per Post nach Hause in gedruckter Form zugestellt. Die Argumente der Befürworter dieser Motion – ältere Menschen hätten keinen Zugang zum Internet, oder ich hätte lieber eine gedruckte Version in der Hand – sind haltlos bei dem Service, der die Gemeinde anbietet.

Die digitale Veröffentlichung hat neben den Kostenersparnissen für die Gemeinde noch weitere Vorteile:

- Umweltfreundlichkeit: Die Reduzierung des Papierverbrauchs trägt zur Schonung von Ressourcen und zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei.
- Zugänglichkeit: Digitale Publikationen sind oft leichter zugänglich. Bürger können Informationen jederzeit und überall abrufen, solange sie Internetzugang haben.
- Aktualität: Digitale Inhalte können schnell aktualisiert werden, was bedeutet, dass die veröffentlichten Informationen immer auf dem neuesten Stand und meistens einen Tag vor der Veröffentlichung in der Presse zugänglich sind.

Es kann auch nicht sein, dass die Gemeinde sich gegenüber Zeitungen aus Solidarität verpflichtet fühlt Inserat-Aufträge zu erteilen.

In diesem Sinne bitten wir Sie den Bericht und Antrag 15121 inkl. Nachtragskredit für das Budget 2024 abzulehnen. Einzig für die Abschreibung der Motion bitten wir um eure Zustimmung.

Lütolf Harry, Die Mitte: Die Politik treibt manchmal seltsame Blüten. Damals haben der Motion 23 Personen zugestimmt und 12 Personen waren dagegen. Wenn ich höre, was der FGPK-Sprecher zu diesem Geschäft sagt, dann sieht es nach einer Ablehnung aus. Ich frage mich, wo die 23 Stimmen geblieben sind, welche letztes Mal der Motion zugestimmt haben. Es kommt noch etwas anderes dazu. Vor etwa drei Wochen hat im Bundesparlament der Nationalrat einen Beschluss darüber gefasst, ob die Regionalmedien gefördert werden sollen. Der Nationalrat ist mit deutlichem Mehr dafür eingestanden, dass Regionalmedien mit zusätzlichen Beiträgen aus der Bundeskasse gefördert werden sollen. Das schliesst aber nicht aus, dass Kanton und Gemeinden sich daran beteiligen müssen. Die GLP hat einstimmig für die Förderung gestimmt – also für zusätzliche Unterstützung für die Regionalmedien im Nationalrat. Die FDP hat mit drei Viertel der Stimmen Nein gesagt, aber immerhin mit einem Viertel der Stimmen Ja. Die SVP ist mit mehr als der Hälfte der Stimmen dafür gewesen, dass man Regionalförderung betreibt und die SP ist sowieso geschlossen dafür gewesen – übrigens stimmte die Mitte ebenfalls geschlossen für die Förderung der Regionalmedien. Wir hätten es nun in der Hand, ganz direkt unsere Regionalmedien zu fördern – darum geht es uns in der Mitte. Nicht über Umwege mit komplizierten Konstrukten, sondern indem man das entschädigt, was die Zeitungen an Aufwand betreiben. Sie würden nämlich amtliche Publikationen für uns betreiben. Das eine schliesst das andere nicht aus. Was ich nun gehört habe – die Vorteile der elektronischen Publikation – das wird ja weiterhin auch gemacht. Es sagt kein Mensch, dass das abgestellt werden müsse. Die elektronische Publikation wird weiterhin betrieben und das macht die Gemeinde auch nach wie vor, wenn diesem Geschäft stattgegeben würde. Aber der wichtige Teil von diesen Publikationen muss öffentlich in den Medien publiziert werden. Viele Leute in diesem Dorf sind nicht gut online unterwegs. In 20 oder 30 Jahren können wir darüber diskutieren, dann wenn nur noch 2% oder 3% der Bevölkerung eine Zeitung zur Hand nehmen werden. Der Wohler Anzeiger kann uns dann berichten, wie viele Abonnemente sie in 20 oder 30 Jahren noch haben. Zu diesem Zeitpunkt können wir über so etwas diskutieren. Aber heute – Irrtum vorbehalten – hat der Wohler Anzeiger mehr als 10'000 Abonnemente und die Aargauer Zeitung noch viel mehr. Es gibt also Leute, die das wollen. Der Verleger ist in Absprache mit der Aargauer Zeitung auf uns zugekommen – der Betrag ist wichtig. CHF 40'000 für Baugesuche und die anderen CHF 47'000, welche der Gemeinderat kolportiert – wir werden dazu einen Änderungsantrag stellen, welchen ich später begründen werde, ist wichtiges Geld für die Medien. Die Aussage: *«Wenn sie dieses Geld noch brauchen, dann können sie den Laden schliessen»*, zeigt, wie brisant es ist, für unsere Blätter vor Ort. Dass sich der Verleger höchstpersönlich einschaltet und plädiert: *«Bitte unterstützt uns, das ist wichtiges Geld für uns»*, zeigt die Dramatik auf. Wenn wir dem nicht stattgeben, nehmen diejenigen, welche dagegen sind, unweigerlich in Kauf, dass unsere Regionalzeitung dicht macht. Sie können mit dem Verleger sprechen, wenn Sie es nicht glauben. Was hat es für Konsequenzen? Wir verlieren wichtige und gute Arbeitsplätze. Wir verlieren ein Sprachrohr für unsere Gemeinde. Wir verlieren einen Werbeträger: Wohler Anzeiger und auch die Aargauer Zeitung mit ihrer Berichterstattung aus dem Freiamt und Wohlen. Wir verlieren wichtige Werbeträger gegen aussen. Welches Dorf kann sich rühmen, ein eigenes Blatt, genannt nach dem Dorf, zu haben. Das alles nehmen Sie in Kauf, wenn Sie dagegen sind. Deshalb ist es wichtig, dass dieses Geschäft unterstützt wird, damit unsere lokale Berichterstattung, die auch als die vierte Gewalt bezeichnet wird und Kontrolle ausübt, diese Aufgabe wahrnehmen kann und genau hinschauen kann.

Wenn Sie dies nicht wollen, dann sagen Sie Nein. Damit nehmt Sie aber in Kauf, dass der Laden dicht gemacht werden muss.

Matter Schlein Franziska, Grüne: Relevante Informationen und aktuelle Nachrichten aus der Region, Ereignisse und Themen spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der öffentlichen Meinung. Jede Gemeinde muss der Bevölkerung gewisse Informationen übermitteln. Damit Einwohnerinnen und Einwohner Bescheid wissen, muss die Gemeinde wichtige Entscheide öffentlich publizieren. Mit der Veröffentlichung beginnt auch die Rechtsmittelfrist, in der die Stimmberechtigten gegen den Entscheid Einsprache erheben können. Mit dem Wohler Anzeiger kann dies alles unter einen Hut – einen Strohhut – gebracht werden. Das Angebot der Gemeinde muss niederschwellig sein. Besonders für Personen, welche nie oder noch nicht digital unterwegs sind. Wer nicht aktiv ist und die Gratispublikationen bestellt, wird sie nicht mehr zufällig im Wohler Anzeiger entdecken und ist somit auch nicht richtig informiert. Uns ist bewusst, dass sich die Zeitungen in einem Wandel befinden, weil die Gesellschaft sich wandelt. Die Zeitungen werden sich, wie alle Medien, verändern. Momentan aber gibt es noch mindestens eine Generation, welche teilweise überfordert ist mit der Geschwindigkeit der Digitalisierung und bspw. den Wohler Anzeiger als Social Media von unserer unmittelbaren Umgebung sehen. Mit einem Nein zum jährlichen Betrag von CHF 67'000 können wir das Budget nicht retten. Mit einem Ja können wir immerhin zum Sparen beitragen. Aus diesem Grund werden wir Grüne bei diesem Bericht und Antrag unterschiedlich abstimmen.

Valentin, SP: Ich habe mich umgeschaut. Wir sind nicht im Nationalrat, wir sind im Einwohnerrat Wohlen. Fühlen Sie sich bitte nicht genötigt, so abzustimmen wie jemand auf Bundes-Bern-Ebene. Die SP wird den Bericht und Antrag 15121 grossmehrheitlich ablehnen. Die Argumente dagegen und die wenigen dafür haben wir bereits gehört. Das Angebot der Gemeinde, diese Publikationen per Post zu versenden, wird von ca. 70 Personen genutzt und kostet den Interessenten oder die Interessentin – im Gegensatz zu einem Zeitungsabo – nichts. Die Gemeinde kostet der Versand einen Bruchteil im Vergleich zu den Inseratskosten. Geschätzte Damen und Herren, das wäre von uns ausgesehen eine Möglichkeit zum Sparen. Das Argument von der Förderung der Medienschaffenden oder der Printmedien zieht aus unserer Sicht nicht. Es gäbe die Möglichkeit, ganz konkrete Vorschläge zu machen mit einer Motion oder einem Postulat, wie man die lokalen Medien fördern könnte. Das müsste übrigens auch nicht nur Printmedien sein. Das Jahr hat aufgezeigt, dass alles tiptop funktioniert hat bis jetzt. Die SP folgt grossmehrheitlich der Empfehlung der FGPK.

## Einzelvoten

Gutaj Mergim, SP: Zuerst ein grosses Danke an die SVP, dafür dass ihr euch nun für den Service Public einsetzt. Das hört man normalerweise nicht so oft von der Partei. Nichtsdestotrotz, wie vielleicht einige von Ihnen wissen, bin ich Doktorand an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Zürich am Lehrstuhl für Verwaltungsrecht beim Professor Uhlmann. Wir setzen uns tagtäglich mit solchen Gebühren auseinander. Wir prüfen, ob sie rechtsstaatlich sind und ob Prinzipien, die gelten müssen – Kostendeckungs- bzw. Äquivalenzprinzip, eingehalten werden oder nicht. Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass es so nicht korrekt wäre. Darum empfehle ich jedem Bauherrn, der diese Gebühr irgendwann bezahlen muss, sich einen Anwalt zu nehmen und die Gebühr anzufechten bis ans Bundesgericht. Meine zweite Empfehlung ist, dass Sie dieses Protokoll zur Hand nehmen und die Aussage von Harry Lütolf zitieren, dass man durch diese Gebühr quasi die Medien quersubventioniere. Ich glaube, damit hätten Sie grossen Erfolg.

Donat Ruedi, Die Mitte: Sollten die Beiträge an den Wohler Anzeiger oder die Aargauer Zeitung entfallen, hoffe ich zumindest, dass dies nicht den Ausschlag gibt, dass es schlussendlich diese Zeitungen nicht mehr gibt. Ein kleines Beispiel aus meinem Alltag. In der Landwirtschaft haben wir die Rechnungen von den Direktzahlungen erhalten. Im Herbst haben wir Obst geerntet. Ich erhalte CHF 15.00 für einen Hochstammbaum. Ich bzw. mein Sohn haben 50 solcher Bäume. Weil ich das Knospenlabel habe und Bio bin, gibt es CHF 30.00 dazu. Somit komme ich auf rund CHF 50.00 Direktzahlung pro Baum. Dieses Jahr war ein aussergewöhnlich gutes Jahr. Der Baum hat ca. 200 kg Äpfel gegeben. Pro Kilogramm erhalten wir CHF 0.25. Für 200 kg Äpfel ergibt das nochmals CHF 50.00. Somit erhalte ich CHF 100.00 für diesen Baum. Er trägt dazu bei, die Wirtschaftlichkeit von unserem Hof aufrechtzuerhalten. Es ist nicht existenziell für uns, wenn ich für den Baum nichts erhalten würde. Er trägt aber dazu bei, dass der Betrieb wirtschaftlich geführt werden kann. Dasselbe gilt für die Zeitungen. Ich bitte euch, diesem Bericht und Antrag zuzustimmen.

Pascolin Laura, SP: An der Einwohnerratssitzung vom 13. Mai wurde die Motion 15095 betreffend amtliche Publikationen mit 23 Ja zu 12 Nein-Stimmen überwiesen. Das hat gezeigt, dass der Einwohnerrat hinter

den Medienschaffenden steht, insbesondere hinter dem Wohler Anzeiger. Doch heute, bei dieser Budgetsitzung wird von einigen wieder die Sparkarte gezogen. Es scheint, als würde dieser Bericht und Antrag als Bühne genutzt, um Sparwillen zu demonstrieren. Doch was hier als Sparmassnahme verkauft wird, ist nichts anderes als Kurzsichtigkeit oder besser gesagt eine Werbetrommel für fragwürdige Prioritäten. Die grundlegende Frage ist: Sind wir bereit, unsere lokalen Medien zu schwächen, nur um ein paar Franken zu sparen? Ja, es sind mehr als ein paar Franken aber im Verhältnis zum Gesamtbudget ist es ein kleiner Betrag. Es ist bekannt, dass die Medien heute unter starkem finanziellem Druck stehen. Anstatt ihnen in dieser schwierigen Situation den Rücken zu stärken, würden wir mit dieser Sparmassnahme genau das Gegenteil erreichen. Ich kann es nicht anders ausdrücken – es ist der falsche Weg des Sparens!

Gerade die lokalen Medien, wie der Wohler Anzeiger, leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu Berichterstattung in unserer Gemeinde. Der Wohler Anzeiger ist das Bindeglied zwischen Verwaltung, Politik und Bevölkerung. Weiter sorgt der Wohler Anzeiger dafür, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger über politische Vorgänge informiert sind und somit fundierte Entscheidungen treffen können. Die Medien haben eine wichtige Rolle in der Demokratie und in der Kultur und im gesellschaftlichen Zusammenhalt und im Dialog und, und, und... Also ganz im Sinne von der SP. Ich appelliere an alle: Wir müssen die lokalen Medien stärken, nicht schwächen. Einsparungen auf Kosten der lokalen Medien sind der falsche Weg. Bitte stimmen Sie diesem Bericht und Antrag zu.

Parvex Olivier, GLP: Harry, herzlichen Dank für Ihr Plädoyer für die Regionalmedien. Danke auch an Laura Pascolin. Ich bin begeistert, denn ich bin ein Kind der Regionalmedien. Lokalzeitungen sind wichtig, dass hat Harry Lütolf richtig gesehen und so hat auch unsere Nationalratsfraktion abgestimmt. Aber was Sie hier machen, ist, die Medien über Umwege zu fördern. Reichen Sie einen Vorstoss ein, in welchem dem Wohler Anzeiger einen Betrag zugesprochen wird. Die Aargauer Zeitung hat es vermutlich nicht nötig. Dann können wir darüber abstimmen. Ich unterstütze dies. Es kann aber nicht sein, dass der fehlende Betrag von ca. CHF 30'000 – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – eine Zeitung ans Ende bringt. Ich habe für das Regionalfernsehen gearbeitet. Dieser hat nie Geld, man hat darum immer gespart und man hat es immer geschafft. Wir sind grosse Verfechter, grosse Freunde und grosse Fans vom Regionaljournalismus – ich insbesondere. Aber das ist der falsche Weg. Lehnen Sie diesen Vorstoss ab und bringen Sie einen separaten Vorstoss. Wir sind sicher nicht abgeneigt dafür.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Der Wohler Anzeiger und die Aargauer Zeitung haben eine Aufgabe. Welcher Verein, welcher Club hat nicht bereits Freude gehabt, wenn die Zeitungen sich Zeit genommen haben, vorbeigegangen sind und einen Beitrag in der Zeitung publiziert haben. Es ist der falsche Weg eine Budgetkürzung vorzunehmen, nur damit wir sagen können, wir hätten etwas eingespart. Printmedien sind dafür da, dass sie uns Dinge publik machen können. Sie sollen kritisch sein und hinstehen, sie sollen aber auch ganz klar öffentlich kundtun, was in Wohlen läuft, was gebaut wird oder wo man Sperrungen vornehmen wird. Ich kann Ihnen eins sagen, immer haben Sie das Internet nicht. In der Regel, wenn Sie die Medien erhalten, können Sie die Seite aufschlagen, lesen was daran steht, reagieren. Wenn Sie online gehen möchten, kann es durchaus passieren, dass Sie mal zu spät sind. Und dann können Sie nichts tun. Darum bitte ich Sie, geben Sie dem Antrag statt.

Allenspach Simone, SP: Ich schätze qualitativ hochwertigen Journalismus und stimme dieser Motion dennoch nicht zu. Ich werde heute aus folgenden Gründen gegen die Wiedereinführung der amtlichen Publikationen im Wohler Anzeiger stimmen. Ich bin mit Olivier Parvex einverstanden, dass Journalismus – in Wohlen bezieht sich das hauptsächlich auf den Wohler Anzeiger – unterstützt wird und guter Journalismus erhalten bleibt. Ich bin jedoch auch der Meinung, dass dies nicht über ein Hilfsmittel wie die amtlichen Publikationen erfolgen soll. Eine mögliche Lösung ist ein, von der Gemeinde gesprochener, jährlicher Betrag, der klar als Unterstützung der Medienlandschaft deklariert wird. Damit werden auch die Medienschaffenden unabhängiger von strukturellen Entscheiden. Ich schliesse mich dem Vorschlag an, dass für die Unterstützung der Medien in Wohlen ein separater Antrag gestellt wird, welchen ich zu gegebener Zeit gerne unterstützen werde.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es erstaunt uns als Gemeinderat, dass die Diskussion so verläuft. Wir haben gedacht, dass es eine klare Sache wäre nach der Überweisung der Motion. Es sind einige Dinge gesagt worden, die ich kurz korrigieren muss. Das Thema Hol- und Bringschuld ist gefallen. Es ist eine Illusion zu meinen, dass ein Zeitungsabo einfach so ins Haus geliefert wird. Auch das muss man sich organisieren und bestellen. Eine gewisse Eigenaktivität von den Bürgerinnen und Bürgern wird erfordert. Es ist nicht einfach eine Hol- oder Bringschuld seitens Gemeinde. Wir haben es ausgeführt und verschiedene Rednerinnen und Redner haben es gesagt. Der Service, der die Gemeinde Wohlen hier bietet, ist meines Erachtens vorzüglich. Es wird alles automatisch zugestellt. Daniel Heinrich man verpasst keine

Veröffentlichung, wenn man nicht aktiv etwas sucht. Man bekommt es direkt zugestellt. Es hat verschiedene Voten gegeben, dass dies ein Entscheid des Gemeinderates gewesen sei. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass der Einwohnerrat diesen Entscheid so gefällt hat. Die Diskussion ist in eine etwas komische Richtung verlaufen. Um was geht es? Es geht darum, ob man die Veröffentlichung der amtlichen Publikationen in den Printmedien wieder einführen möchte oder nicht. Das Ziel ist die Information der Bevölkerung und dass die Bevölkerung Rechtsmittel bei Entscheiden ergreifen kann, damit das rechtsstaatliche Handeln sichergestellt wird. Das ist das Ziel der amtlichen Publikationen. Von verschiedenen Rednerinnen und Redner wurde dargestellt, dass es um eine wirtschaftliche Unterstützung von gewissen Unternehmungen gehe. Das darf gewollt sein. Von uns aus gesehen, gibt es andere Mittel. Vor allem ist es aber ordnungspolitisch falsch oder zumindest kritisch, dies über diesen Weg zu tun. Ruedi Donat hat ein schönes Beispiel mit den Subventionen gemacht. Subventionen werden gesprochen, wenn die Leistung (BioLabel) nachgewiesen wird. Wenn das die Motivation ist, dass den Medien Geld zugespült wird, dann führt das zu einer Abhängigkeit. Die öffentliche Hand finanziert die Medien. Das darf aus Sicht des Gemeinderates nicht die Argumentation sein. Die Argumentation, dass man alle Bürgerinnen und Bürger erreichen möchte und es dafür diese Kanäle ebenfalls braucht, ist eine politische Haltung, die man haben darf. Die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung oder Sicherung von Medienunternehmen über diesen Weg zu argumentieren, ist ordnungspolitisch falsch.

### **Kürzungsantrag**

Lütolf Harry, Die Mitte: Ganz kurz möchte ich etwas entgegen zu dem, was der Gemeindeammann gesagt hat. Uns geht es natürlich darum, dass wir nicht einfach Zahlungen à fonds perdu leisten. Wir wollen nur den Aufwand der Zeitungen entschädigen. Sie erbringen eine Dienstleistung und diese soll abgegolten werden. Wir verlangen nicht, dass Medienförderung à fonds perdu betrieben wird. Sie sehen die drei Anträge im Bericht und Antrag. Lustig ist, dass im ersten Antrag, indem es ums nächste Jahr geht, kein Betrag steht – Irrtum vorbehalten. Dort kann man keinen Kürzungsantrag stellen, weil keine Zahl im Antrag 1 steht. Also müssen wir es über einen Umweg machen – Antrag 2. Beim Nachtragskredit beantragt der Gemeinderat, dass man für die restlichen zwei Monate des Jahres 2024 CHF 11'000 in die Rechnung stellt. Er rechnet im Bericht und Antrag mit einem Aufwand von CHF 87'000. Ich spreche nicht vom konsolidierten Betrag von CHF 67'000. Ich spreche von der Aufwandsspalte. In der Diskussion habe ich es bereits einige Male erlebt, dass es missverstanden wird. Von diesen CHF 87'000 sind CHF 40'000 für Baugesuche. Dies ist ein Selbstläufer. Das Geld wird von den Bauherren wieder eingebracht. Das soll auch so sein und ist ein kleiner Betrag im Vergleich zur Bausumme von allen Bauherren. Der Betrag von CHF 40'000 wird wieder eingenommen und kostet die Gemeinde nichts. Es bleiben von diesen CHF 87'000 ergo CHF 47'000. Der Verleger des Wohler Anzeigers sagt uns in Absprache mit der Aargauer Zeitung, dass damit zu viel in Rechnung gestellt wird. Er habe seine Bücher angeschaut. Das sagt uns der Verleger und dieser muss es wissen. Unter dem Titel amtliche Publikationen – nicht Baugesuche – nehmen wir unter dem Strich pro Jahr CHF 20'000 ein. In den letzten Jahren, als der Wohler Anzeiger das amtliche Publikationsorgan der Gemeinde Wohlen gewesen ist, haben wir CHF 20'000 eingenommen und nicht CHF 47'000. Es ist dem Wohler Anzeiger und der Aargauer Zeitung schleierhaft, was der Gemeinderat hineinfantasiert. Sie sehen, was sie fakturieren – max. CHF 20'000 pro Jahr ausserhalb von den Baugesuchen. Das Anliegen des Kürzungsantrages Der Mitte ist es, dass wir nicht zu viel für die Zeitungen ausgeben, sondern nur das, was die Zeitungen selbst sagen, würden sie in Rechnung stellen. Darum kürzen wir diesen Betrag – auch fürs Jahr 2025. Wir können es nicht direkt beantragen, weil keine Zahl im Antrag 1 steht. Wir kürzen darum den Nachtragskredit von CHF 11'000 auf CHF 7'600 in der Meinung, dass es fürs Jahr 2025 auch so gelten soll, sollte der Antrag angenommen werden. Von CHF 47'000 auf CHF 20'000 ist eine Kürzung um 67,97%. CHF 11'000 um 67,97% gekürzt macht CHF 7'600. Das ist der Kürzungsantrag auf CHF 7'600. Ich betone nochmals, dass soll fürs nächste Jahr ebenfalls gelten.

Perroud Arsène, Gemeindeammann: Es überrascht nicht, dass der Antrag kommt. Wir haben mit dem Verleger der freiamter Regionalzeitung mit Martin Nietlispach anfangs September entsprechenden Austausch gehabt. Dabei kamen dieselbe Argumentation und Fragestellung. Im Vorfeld sind Sie mit einem Schreiben bedient worden. Darin wird ausgeführt, dass beim Blatt Wohler Anzeiger ca. pro Jahr ein gesamthafter Ertrag von CHF 36'000 wegfällt. Wenn man das für zwei Zeitungen rechnet, ergibt das CHF 72'000. Gesamthaft weisen wir CHF 87'000 aus. Wir müssen das Bruttoprinzip beachten. Bei einer Kürzung müsste man auch eine entsprechende Kürzung auf der Ertragsseite vornehmen. Die Zahlen, welche hier dargelegt werden, ist nur das Rückgängigmachen von Ihrem eigenen Beschluss der Kürzung vom 11. Dezember 2023 an der Einwohnerratssitzung. Betreffend Budget wissen wir nicht, was noch alles kommt. Sie können diesem Antrag zustimmen und den Betrag auf CHF 7'600 kürzen oder sie können ihn um CHF 15'000 erhöhen. Schlussendlich fällen Sie damit den Entscheid, ob man die amtliche Publikation in den Printmedien vornimmt oder nicht. Es ist dann völlig unabhängig, wie hoch die Budgetzahl ist. Unter

diesem Entscheid werden wir die Dinge dann entsprechend vornehmen und es kostet, was es kostet. Wir können auch nicht beeinflussen, ob die Inseratenkosten bei der einen oder anderen Medien steigen oder nicht. Es gibt eine grosse Ungenauigkeit, welche auch das nächste Jahr betrifft. Wir haben höhere Ausgaben durch die kommunalen Wahlen – es gibt wesentlich mehr Publikationen. Zudem haben wir generell viel mehr Baugesuche. Wo die Zahl genau landen wird, wissen wir auf Budgetebene nicht. Wir haben 1:1 die Zahlen aus dem Budget 2024 zurückgestellt. Die Angst, die aufkommen könnte, dass jemand übermässig profitieren möchte, verstehen wir. Uns geht es aber auch nicht darum. Uns geht es lediglich um den Vollzug Ihres Auftrages, welcher Sie uns mit der Motion erteilt haben. Nämlich die Rückgängigmachung dieses Entscheides von Ihnen. Sie können diesem Antrag zustimmen oder ihn ablehnen. Schlussendlich ist für uns entscheidend, ob Sie Geld ins Budget einstellen bzw. ob wir die amtlichen Publikationen in den Printmedien veröffentlichen oder nicht. Die genaue Höhe werden wir mit der Rechnung diskutieren können.

### **Abstimmung**

Der Kürzungsantrag wird mit 17 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

### **Abstimmung**

Den gemeinderätlichen Anträgen

1. *Genehmigung der Wiedereinführung der Erstellung und Veröffentlichung der amtlichen Publikationen in den Printmedien ab dem 1. November 2024. Hierzu sind in den Budgetvorlagen ab dem Jahr 2025 die erforderlichen Mittel einzustellen.*

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen zugestimmt.

2. *Bewilligung eines Nachtragskredits (NK I) von CHF 11'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung 2024 für die Erstellung und Veröffentlichung der amtlichen Publikationen in Printmedien für den Zeitraum vom 1. November bis 31. Dezember 2024.*

wird mit 20 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen zugestimmt.

3. *Abschreibung der Motion 15095 betreffend «Amtliche Publikationen der Gemeinde Wohlen»*

wird einstimmig angenommen.

## Rückweisungsantrag

Zingg Lionel, FDP/Dorfteil Anglikon: Zuerst möchten wir uns bei allen Beteiligten fürs Erstellen des Budgets 2025 bedanken. Wieso stellen wir einen Rückweisungsantrag? Die finanzielle Situation von Wohlen ist sehr ernst. Das vorgestellte Budget 2025 mit einem Steuerfuss von 120% ist für uns nicht annehmbar. Es ist sicher bei einigen Ausgabeposten kostenbewusst budgetiert worden. Bei diesem Budget ist aber noch Sparpotenzial vorhanden meine Damen und Herren. Besonders problematisch finden wir die Entwicklung bei den, vom Kanton oder Bund vorgeschriebenen, Ausgabepositionen. Dazu gehören die starken Kostensteigerungen bei der Pflegefinanzierung und der Sonderschulung. In Aarau und Bern muss darum dringend das Bewusstsein wachsen, dass die Gemeinden unter immer stärkeren Kostensteigerungen leiden, welche sie selbst nicht beeinflussen können. Bei diesem Thema sehen wir auch unsere Grossräte aus Wohlen in der Pflicht, auf kantonaler Ebene darauf aufmerksam zu machen und sich für eine Entlastung der Gemeinden einzusetzen. Ein Steuerfuss von 120% ist nicht akzeptabel und wird von der Bevölkerung auch nicht goutiert – da müssen wir realistisch sein. Mit einem Steuerfuss von 120% hat man innerhalb von nur zwei Jahren eine Steuerfusserhöhung von sieben Steuerprozenten realisiert. Die knappe Annahme vom Budget 2024 bei einem Steuerfuss von 116%, obwohl sämtliche Parteien von Wohlen sich dafür eingesetzt haben, zeigt, dass ein Steuerfuss von 120% kein gangbarer Weg ist. Ein kompletter Verzicht auf eine Steuerfusserhöhung wird leider aufgrund von den enorm hohen Abschreibungen und den bereits erwähnten deutlichen Steigerungen bei den vorgeschriebenen Ausgaben kaum möglich sein. Aber wir finden 120% kategorisch falsch. Damit würde sich Wohlen offiziell zu den Gemeinden mit den höchsten Steuerfüssen gesellen im Kanton Aargau. Die Bevölkerung wird unnötig stark belastet. Das Einsparpotenzial ist noch nicht ausgeschöpft. Wir stellen einen Rückweisungsantrag, um dem Gemeinderat selbst die Möglichkeit zu geben, an dieser Stelle Sparmassnahmen vorzunehmen, wo er es für möglich erachtet. Ein Sparbasar mit Zusammenstreichen von einzelnen, tiefen, 4-stelligen Beträgen finden wir nicht zielführend. Jeder Gemeinderat kann so in seinem Bereich bzw. in seiner Abteilung definieren, wo mögliche Einsparungen vorgenommen werden könnten. Bei dieser Gelegenheit möchten wir als Fraktion gerne folgende Wünsche anbringen und hoffen auf eine Beachtung des Gemeinderates, um in einer allfälligen nächsten Budgetversion die Mehrheitsfähigkeit zu erhöhen. Ein Steuerfuss von 118% ist nicht mehrheitsfähig. Die zweite Version des Budgets muss darum ein möglichst ausgeglichenes Ergebnis bei einem Steuerfuss von allerhöchsten 118% aufweisen. Da wäre unsere Schmerzengrenze erreicht. Der zweite Wunsch. Insbesondere bei den grössten Ausgabeposten sehen wir Optimierungspotenzial. Die Personalkosten von der Volksschule machen einen grossen Teil vom Budget aus. Dort muss sicher über Führungsverbesserungen, Effizienzsteigerungen oder die Ausnützung von natürlichen Fluktuationen eine Einsparung möglich sein. Wir wünschen uns, dass dies beachtet wird. Absolut gesehen, können bereits 1% bis 2% weniger bei diesen Positionen zu einer grossen finanziellen Entlastung bei der Gemeinde Wohlen führen. Unser dritter Wunsch. Der Bundesrat hat auf nationaler Ebene kürzlich lineare Kürzungen für schwachgebundene Ausgaben vorgeschlagen. Dieses Modell könnte auch der Gemeinderat beachten, wenn es um die nächste Budgetversion geht. Lineare Kürzungen von wenigen Prozenten schwächt niemanden zu stark, weil nach wie vor ein grosser Teil der Gelder zur Verfügung gestellt werden. Der Vorteil bei einem solchen Vorgehen könnte darin bestehen, dass kein Akteur das Gefühl hat er oder sie müsse viel mehr beitragen zum Sparen als der Rest. In der Summe kann dennoch ein relevanter Beitrag erreicht werden. Ganz generell wünschen wir uns, dass die Umsetzung der AHA-Motion endlich kommt und auch dass die Folgekosten von zukünftigen Projekten genau ausgewiesen werden. Das könnte dazu beitragen, das Ausgabewachstum von der Gemeinde zu bremsen. Ein weiteres Beispiel ist, dass man bei Bauprojekten, nicht immer den höchsten Standard anwenden muss, wie beim Fussgängerweg im Ferroggebiet. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon bittet um Zustimmung des Rückweisungsantrag, welchen ich zur Präzisierung vorlesen werde. Die Einwohnerrats-Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon stellt hiermit einen Antrag auf Rückweisung beim Budget 2025 Geschäft 15120 der Einwohnergemeinde Wohlen. Wir bitten um Zustimmung.

Strasser Denise, Gemeinderätin: Mit einer Rückweisung würden wir heute die wichtige Aufgabe über das Budget 2025 zu debattieren nicht wahrnehmen. Der Gemeinderat ist sich der Verantwortung, welcher der Prozess mit sich bringt, bewusst und wir schätzen den konstruktiven Austausch mit dem Einwohnerrat. Jetzt liegt aber ein Rückweisungsantrag zum Budget vor. Ausfolgenden Gründen kann der Gemeinderat den Rückweisungsantrag nicht unterstützen:

1. Eine Rückweisung stellt nicht nur ein enormer personeller und zeitlicher Aufwand dar, sondern bringt auch die Gefahr mit sich, dass wichtige Entscheide verzögert werden.
2. Eine flächendeckende Kürzung über alle Budgetposten ist vor allem symbolischer Natur und würde die tatsächlichen Herausforderungen, vor welchen wir stehen, nicht lösen.
3. Gute finanzielle Abschlüsse sind langfristig gesehen nützlicher. Kurze, kosmetische Anpassungen bringen im Endeffekt in unserer Situation wenig bis gar keinen Mehrwert.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass das Budget 2025 – in der Form, wie es jetzt hier liegt – gut durchdacht und solide ist. Wir haben alle notwendigen Schritte unternommen, ein tragfähiges und zukunftsorientiertes Budget präsentieren zu können. Wir bitten Sie, den Rückweisungsantrag nicht zu unterstützen und das Budget 2025 so zu genehmigen. Nur so kann unsere Gemeinde wieder auf stabilen, finanziellen Beinen stehen und nur so können wir die kommenden Herausforderungen erfolgreich meistern.

## Fraktionsmeinungen

Hauri Claudia, SVP: Die SVP-Wohlen Anglikon wird dem Rückweisungsantrag der FDP einstimmig zustimmen. Wir erwarten, dass uns der Gemeinderat ein neues, ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss von 116% vorlegt. So wäre keine Volksabstimmung notwendig und das Geld könnte gespart werden. Der Gemeinderat als Führungsgremium kennt die Zahlen am besten und weiss, wo wirklich gespart und optimiert werden muss. Wir erwarten ebenfalls, dass die Investitionen für die Sanierung der Tennisplätze über CHF 0.6 Mio. im Budget gestrichen werden. Es soll nicht heissen, dass wir gegen diese Sanierung sind. Wir wollen jedoch genauere Informationen und verlangen für die Sanierung der Tennisplätze einen separaten Bericht und Antrag.

Stäger Philipp, GLP/EVP: Mit Sicht auf das gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsgleichgewicht, welches nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft erreicht werden muss, wäre eine Budgetkürzung und eine Erhöhung des Steuerfusses auf 120% angebracht. Insbesondere, wenn wir später auch wieder in nachhaltige Projekte und innovative Ideen investieren sowie das soziale und kulturelle Leben stärker fördern möchten, kommen wir um eine Gesundung des Finanzhaushalts nicht herum. Nachhaltige finanzpolitische Entscheide gehört zur DNA der Fraktion EVP/GLP, doch auch wir sehen, dass eine Anpassung um 4% am Volkswillen vorbeizieht. Bezüglich Budgetkürzungen möchten wir den Ball wieder dem Gemeinderat zurückspielen. Mit dem leicht reduzierten Detaillierungsgrad der neu gestalteten Budgetunterlagen, möchte der Gemeinderat den Einwohnerrat wieder auf die richtige Flughöhe zurückholen. Dies begrüssen auch wir, denn wir haben keine Lust, im Einwohnerrat stundenlang über Einsparungen im 3- bis 4-stelligen Bereich zu streiten. Der Gemeinderat und die Verwaltung sind viel näher am operativen Geschehen und Wissen besser, wo die Einsparpotenziale liegen. Wir von der Fraktion EVP/GLP unterstützen den Rückweisungsantrag mit einem Steuerfuss von 118% und einer ausgeglichenen Rechnung einstimmig. Zum Vorschlag der FDP, dass auch das Personal und die Schulen dazu beitragen sollen, gab es in unserer Fraktion unterschiedliche Meinungen. So oder so bitten wir den Gemeinderat die langfristige Perspektive nicht aus den Augen zu verlieren. Denn wenn hintenraus alles viel teurer wird, hat Wohlen auch nicht gewonnen.

Meier Valentin, SP: Wahrscheinlich gibt es selten eine solche trügerische Einigkeit im Wohler Einwohnerrat. Die Fraktion der SP wird den Rückweisungsantrag von der FDP unterstützen. Aber aus komplett anderen Gründen. Was uns präsentiert wird, ist ein Budget auf Sparflamme. Die SP fordert deutlich mehr Mut und Wille zum aktiven Gestalten und nicht nur Verwalten der Gemeinde. Ein geschätzter FGPK-Kollege hat mal gesagt: «Man probiert den Patienten noch ein bisschen länger am Leben zu halten.» Ich gebe Philipp recht, dass man langfristig denken muss. Damit man langfristig attraktiv bleibt, braucht es etwas mehr. In der letzten Budgetdebatte von unserem geschätzten Gemeinderat hat es das Jugendfest noch knapp ins Budget geschafft. Wenn man solche Diskussionen führen muss, kann nicht klarer aufgezeigt werden, dass man ein Einnahme- und nicht Ausgabeproblem hat. Die SP fordert im überarbeiteten Budget 2025 einen Teuerungsausgleich für die Mitarbeitenden der Gemeinde Wohlen. Wir wollen attraktiv bleiben. Wir fordern zusätzliche Stellenprozente in der Schulsozialarbeit, weil es dort überall brennt, mehr als die Minimalbeiträge für die Schulreisen für unsere Schülerinnen und Schüler von der Gemeinde Wohlen und, was unseren wirtschaftsnahen Parteien möglicherweise gefallen könnte, eine sinnvolle Erhöhung vom Beitrag zu der Standortförderung – mit einem Betrag, mit welchem etwas aufgegleist werden kann, was mehr Wirkung zeigt als ein Apéro mit genügend Weisswein. Darum fordern wir eine Steuererhöhung auf mind. 122%. Alles andere wäre für uns fahrlässig. Fragen Sie die Finanzexperten der Gemeinde oder bei unserer Finanzvorsteherin nach. Es werden weitere herausfordernde Jahre auf die Gemeinde zukommen, welche nur über höhere Einnahmen resp. einen höheren Steuerfuss zu bewältigen sind. Die SP wird dem Rückweisungsantrag der FDP einstimmig zustimmen.

Heinrich Daniel, Die Mitte: Die Mitte hat stark diskutiert. Die Mitte hat lange diskutiert. Schlussendlich ist Die Mitte einstimmig für den Rückweisungsantrag der FDP. Die Mitte wünscht klar, dass der Gemeinderat Einsparungen von mind. 1,5% über alle Abteilungen vornimmt. Jede Abteilung soll sich hinsetzen und Einsparungen vornehmen. Ein Grossteil der Mitte wünscht, dass der Steuerfuss bei 116% belassen wird. Wie Lionel es bereits gesagt – wir hatten im letzten Jahr mit der SVP ein Mehr im Einwohnerrat und das Volk hat den Steuerfuss knapp angenommen. Ein Steuerfuss von 118% oder 120% wird keine Chance haben. Wir müssen vom Gemeinderat verlangen, dass er Kürzungen vornimmt. Wir vom Einwohnerrat müssen Geschäfte anschauen und entsprechend bereit sein, ein Kostendach festzulegen, auch wenn es CHF 100'000 weniger ist – so müssen wir arbeiten.

Schmid Patrick, Grüne: Wir werden dem Rückweisungsantrag nicht stattgeben. Es ist nun an der Zeit, den Entscheid, welchem wir mehrheitlich in der FGPK zugestimmt haben, umzusetzen. Die 120% müssen wir irgendwann schlucken. Wir häufen nur Schulden an. Das Einzige, was wir bei einer Rückweisung erreichen, ist, dass wir eine Volksabstimmung sparen können.

### **Einzelvoten**

Donat Ruedi, Die Mitte: Ich nehme Bezug auf das Votum von Claudia Hauri. Sie hat gesagt, die SVP würden das Budget zurückweisen und man wolle ein Budget mit 116%, weil man dann keine Volksabstimmung machen müsse. Da gebe ich ihr recht. Wir als Einwohnerrat machen unserer Arbeit nicht. Wir müssen nun über das Budget diskutieren, danach werden wir über den Steuerfuss diskutieren. Wenn die 116% angenommen werden, gibt es keine Volksabstimmung. Das ist der eleganteste Weg. Zumindest für diese Personen, welche einem Steuerfuss von 116% zustimmen. Der Vorteil ist, wir haben ein beratenes Budget am Ende des heutigen Abends. Die Wünsche von Valentin können wir einbringen und es wird vielleicht noch Kürzungsanträge geben. Dann wird abgestimmt – wie es demokratisch gemacht wird. Ich bin überzeugt, dann haben wir am Ende des Abends ein Budget. Am Schluss stimmen wir über den Steuerfuss ab. Es wurden 116%, 118% und 120% vorgeschlagen. Das Mehr bestimmt. Mit 116% haben wir keine Volksabstimmung. Das ist der eleganteste Weg. Der Nachteil, welcher ich prognostiziere, ist die Deklaration eines Minus. Doch was ist daran so schlimm? Ende Woche konntet ihr in den Zeitungen lesen, dass die Kantone ihre Budgets bekannt gegeben haben. Bern schliesst mit einem positiven Abschluss von CHF 230 Mio. ab. Der Kanton Waadt dagegen schliesst mit CHF 300 Mio. Defizit ab. Ist das ein Problem, wenn wir ein Budget mit einem Minus von CHF 1 Mio. abschliessen? Es ist kein Problem! Ich führe mittlerweile die 25. Budgetdiskussion. Ich zitiere das Cabaret Rotstift: *«Wege däm got doch d Wält ned onder.»*

Stäger Dieter, FDP: Wahrscheinlich wird der Rückweisungsantrag angenommen. An der Sitzung im Dezember kann nicht teilnehmen, deshalb möchte ich einige Dinge jetzt loswerden. Es ist uns allen klar, dass es einige Kostensteigerungen im Budget gibt, auf die niemand Einfluss nehmen kann. Bereits erwähnt wurden die Restkosten Pflege und Heim. Es sind jedoch auch die Abschreibungen, bei denen wir die Investitionen im Einwohnerrat beschlossen haben. Selten bin ich einer Meinung mit Ruedi Donat. Doch heute bin ich es. Wir dürfen ein Defizit machen. Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben einen Bilanzüberschuss von CHF 100 Mio. Das sind Steuergelder, welche früher bezahlt worden sind. Diese darf man für Investitionen einsetzen – sprich für die Abschreibungen, welche fällig werden. Darum bin ich schmerzfrei, wenn auch unser nächstes Budget ein Defizit ausweist, wie in vielen anderen Aargauer Gemeinden ebenfalls. Trotzdem würde ich dem Gemeinderat gerne einen grossen Wunsch mitgeben. Ich habe den Eindruck, dass nicht in allen Abteilungen kostenbewusst budgetiert wird. Mein Wunsch wäre, dass die Finanzressortvorsteherin den Lead hat über das Budget – und zwar in sämtlichen Abteilungen und in sämtlichen Abteilungen das letzte Wort hat, bevor es in den Gemeinderat kommt. Vielleicht haben wir dann ein etwas besser gekämmtes Budget als es jetzt der Fall ist.

### **Abstimmung**

Dem Rückweisungsantrag der FDP/Dorfteil Anglikon wird mit 34 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen zugestimmt.

**Motion 15093 betreffend Erhöhung der Transparenz für geplante Beiträge an den Sportpark Bünz matt**

---

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Zuerst möchte ich mich beim Gemeinderat bedanken, dass er unsere Motion entgegennimmt, obwohl er es gemäss Kreditrecht nicht machen müsste. Mit einem detaillierten Bericht und Antrag zum Sportpark Bünz matt wird die Transparenz und das Vertrauen gegenseitig gestärkt. So bekommt auch die Öffentlichkeit umfassende Informationen über die Hintergründe, Zielsetzungen, Strategien und potenzielle Auswirkungen dieser finanziellen Unterstützung mit. Wir bitten euch, dieser Motion zuzustimmen – wie es der Gemeinderat ebenfalls vorschlägt. Damit eine offene Diskussion und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Sportpark Bünz matt, dem Gemeinderat und dem Einwohnerrat stattfinden kann.

**Fraktionsmeinungen**

Heinsalo Mika, FDP/Dorfteil Anglikon: Die Sportpark Bünz matt hatte wirklich die letzten ein paar Jahren viel Pleiten, Pech und Pannen gehabt. Da ist es auch logisch, dass dann irgendeinmal die Finanzen aus dem Ruder laufen. Dort sind wir bereits bekanntlich. Dass der Gemeinderat im Budgetantrag 2024 viel Geld in den Bünz park hatte nachschieben wollen, ist sicherlich auch aus Transparenz-Gründen abgelehnt worden. Auch wenn der Gemeinderat wegen dieser "2-Prozent-Regel" keinen Bericht und Antrag machen muss, dient es doch sehr dem besseren Verständnis über den Verwendungszweck von einem zukünftigen Verpflichtungskredit. Ein detaillierter und verständlicher Bericht und Antrag verstärkt grundsätzlich unser Vertrauen gegenüber dem Gemeinderat. Speziell, wenn es jetzt um den Bünz park geht, ist nun eine klare Transparenz über jeden neuen Betriebsfrankens notwendig, welcher weiterhin dort einbezahlt werden sollte. Auch unsere Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon will zukünftig wissen, wofür jeder Franken gebraucht wird. Dass nun aber der Gemeinderat noch in seiner Antwort ausführt, dass er für "allfällige wesentliche Änderungen", Betonung auf wesentliche, des Betriebsbeitrags an den Sportpark dem Einwohnerrat einen separaten Bericht und Antrag unterbreitet, zeigt uns wieder, dass der Gemeinderat eine Hintertür offenlässt, denn der Begriff "wesentliche Änderungen" kann wieder ausgelegt werden, wie man will. Und da verlässt der Gemeinderat wieder das Vertrauen und die Transparenz, welche er schaffen sollte. Und der letzte Satz im Mittelabschnitt des Fazits über die Orientierung des Gemeinderats bei künftigen Kreditanträgen an der Systematik des Aargauer Kreditrechts, zeigt wieder, dass diese Motion nach Transparenz und Vertrauensbildung nur eine Eintagsfliege sein wird. Die Frage wird in den Raum gestellt, ob der Wunsch nach Transparenz und Informationen über die Hintergründe, Zielsetzungen und potenziellen Auswirkungen von finanziellen Unterstützungen in zukünftigen Geschäften seitens des Gemeinderates ernst genommen wird. Die Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon unterstützt die Motionäre und ihre Motion einstimmig.

Hüsser Max, SVP: Die Fraktion SVP unterstützt die Motion der Mitte betreffend Erhöhung der Transparenz für geplante Beiträge an den Sportpark Bünz matt einstimmig. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Damit bekommt auch der Einwohnerrat eine bessere Transparenz, wofür die Gemeindebeiträge an den Sportpark effektiv eingesetzt werden. Somit können Missverständnisse und Gerüchte um notwendige Ausgaben vermieden werden. Die Fraktion SVP hofft, dass der budgetierte Betriebsbeitrag 2024 ausreicht und auch inskünftig keine weiteren unliebsamen finanziellen Überraschungen auftreten werden.

Parvex Olivier, GLP/EVP: Die Fraktion GLP/EVP unterstützt die Motion 15093 und ist froh, dass der Gemeinderat diese entgegennehmen möchte. Für unsere Fraktion ist es wichtig, dass wir einen ordentlichen Bericht und Antrag erhalten, in dem im Detail begründet wird, wieso der Sportpark Bünz matt einmalig mehr Geld braucht oder wann die jährlichen Betriebsbeiträge erhöht werden sollen. Unsere Fraktion geht davon aus, dass Bericht und Anträge auch dann erstellt werden, falls sich die Rechtsform von der Sportpark Bünz matt AG in Zukunft ändern sollte. Wir werden die Motion einstimmig überweisen.

Schmid Patrick, Grüne: Wir unterstützen die Motion, denn sie ist sehr gut formuliert – wohlwollende Entgegennahme vom Gemeinderat. Wir stimmen zu.

Meier Valentin, SP: Wir werden dieser Motion und dem nachfolgenden Postulat zustimmen. Schön, dass meine letzte Sitzung so harmonisch abläuft.

Vogt Roland, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen und er ist für Transparenz. Bis jetzt waren die Beiträge immer im Budget. Anscheinend konnten wir nicht genügend aufzeigen, wie sich die Beiträge zusammensetzen und wieso wir diese Beiträge brauchen. Wir werden den Bericht und Antrag über die zukünftigen Kosten gerne bringen. Sollte die Rechtsform ändern – ich gehe nicht davon aus, dass sie demnächst ändert – werden wir entsprechend einen Bericht und Antrag erstellen.

### **Abstimmung**

*Die Motion 15093 betreffend Erhöhung der Transparenz für geplante Beiträge an den Sportpark Bünz-matt*

wird einstimmig überwiesen.

**Postulat 15112 betreffend Liquidation der Sportpark Bünz matt AG und die Übernahme der Aktiven und Passiven durch die Gemeinde**

Parvex Olivier, GLP: Ich danke dem Gemeinderat für die Bereitschaft unser Postulat entgegenzunehmen. Der Gemeinderat hat in der Haltung bereits Einiges zur Problematik von der heutigen Rechtsform der Sportpark Bünz matt AG aufgeführt, zum Beispiel die Mehrwertsteuerpflicht von der AG. Grundsätzlich werden die Badi und die Eishalle von der Bevölkerung als Einheit wahrgenommen. Das Konstrukt mit der AG ist aber im heutigen laufenden Betrieb kompliziert und aus meiner Sicht auch nicht zielführend. Die Badi und auch die Eishalle werden nie einen grossen Gewinn machen können. Und das trotz einem innovativen und engagierten Verwaltungsrat, welcher eine tolle Arbeit macht. Allein die Tatsache spricht von mir aus gesehen gegen AG als Rechtsform. Die Sportpark Bünz matt AG wird vermutlich auch nicht in der Lage sein, einen Kredit aufzunehmen, um die über CHF 3 Mio. Schulden bei der Gemeinde zurückzuzahlen. Darum ist es aus meiner Sicht wichtig, dass der Gemeinderat bald eine neue Rechtsform evaluiert. Sei das eine komplette Übernahme durch die Gemeinde, sei das ein selbstständige Gemeindeanstalt oder als eigenfinanzierter Gemeindebetrieb mit Spezialfinanzierungskonto, wie die HPS oder die Abwasserbeseitigung. Jetzt noch ein paar ordentliche Geschäftsjahre abzuwarten, bevor man sich mit einer neuen Rechtsform auseinandersetzt – für das ist aus unserer Sicht keine Zeit. Ich und meine Fraktion wünsche uns, dass der Gemeinderat im ersten Halbjahr 2025 die Frage im Postulat abklärt und eine mögliche neue Rechtsform präsentiert.

**Fraktionsmeinungen**

Sieroka Pia, Grüne: Die Fraktion der Grünen findet, dass es ein guter Zeitpunkt ist, die Verwaltungsstruktur der Sportpark Bünz matt AG zu überprüfen und unterstützt die Überweisung des Postulats. Wir finden Wohlen hat sehr gute Sportanlagen mit Badi, Eishalle, Fussballanlagen, Leichtathletik und Tennis. Es ist erstrebenswert, eine Verwaltungsstruktur zu finden, die sowohl die Interessen der Gemeinde als auch der Gäste gleichermaßen vertritt. Erstrebenswert wäre es, eine kosteneffizientere Weise für die Bewirtschaftung zu finden.

Büchi Roland, SVP: Die Fraktion SVP stimmt der Überweisung des Postulats einstimmig zu.

Stäger Dieter, FDP/Dorfteil Anglikon: Ich schätze Olivier Parvex persönlich sehr. Umso mehr erstaunt es mich, dass ausgerechnet ein Unternehmer das Gefühl hat, dass der Staat etwas Besseres machen könnte, als ein Privater, wenn es um Geld geht. Vergesst es. Immer wenn es um Geschäfte, betriebswirtschaftliche Überlegungen oder Marketing geht, dann könnt ihr die Gemeinde vergessen. Ich selbst arbeite in einer Gemeindeverwaltung und weiss, wie es ist. Ihr müsst es den Privaten überlassen, welche eine Ahnung haben, wie man Business betreibt. Die AG ist nur schwerfällig, weil die Politik das Gefühl hat, andauernd mitreden zu müssen. Es ist das erste Mal passiert, als wir im Einwohnerrat über die Eigentümerstrategie diskutiert haben. Wenn wir das Gefühl haben, wir müssten die Preise festlegen, dann haben wir ein Problem. Ich glaube der Hintergrund, warum etliche das Postulat gut finden, ist, weil wir dann mitreden können. Das dürfen wir nicht machen. Wir müssen es denen überlassen, welche etwas vom Geschäft verstehen. Ich weiss nicht, wie viele von euch regelmässige Badigäste sind. Von Laura Pascolin weiss ich, dass sie ein regelmässiger Eishallengast ist. Ich bin regelmässig dort. Ich finde, die heutige Führung macht ihren Job gut. Insbesondere der Gastrobetrieb. Wir sollten diese neue Führung rühmen. Sie sollen zeigen dürfen, was sie wesentlich besser machen als die Führung zuvor. Die früher Führung war gut, um das Ganze aufzubauen. Wir haben jedoch gesehen, wie die Betriebsführung danach war. Darum ist unsere Fraktion FDP/Dorfteil Anglikon einstimmig der Meinung, dass wir dieser aktuellen Konstruktion etwas Zeit geben sollen, um sich zu bewähren. Wir sind überzeugt, dass es gut kommt. Eine kleine Randbemerkung. Wie jedes grosse Bauprojekt, ist auch dieses Geschäft im Einwohnerrat behandelt worden. Bereits dazumal hatte ich kein Verständnis dafür, wie man einer solchen Fehlkonstruktion, wie das Restaurant darstellt, zustimmen konnte. Ich weiss nicht, was die Architekten und Einwohnerräte studiert haben. Wahrscheinlich geht nie jemand in die Badi oder in die Eishalle. Insofern bin ich erstaunt, wie gut, dass es jetzt läuft, trotz

diesen sehr schwierigen Verhältnissen. In diesem Sinne bitte ich euch im Namen meiner Fraktion, dieses Postulat dorthin zu schicken, wo es hingehört – nämlich zurück an den Absender.

Dietrich Stefanie, Die Mitte: Die Antworten zu den gestellten Fragen in diesem Postulat interessiert unsere Fraktion sehr und wir sind der Meinung, dass nun der richtige Zeitpunkt ist, um zu prüfen, was die richtige Rechtsform vom Sportpark Bünz matt ist. Wir überweisen das Postulat einstimmig.

Vogt Roland, Gemeinderat: Wir befinden uns im 7. Betriebsjahr des Schüwo Park. An dieser Stelle seitens des Gemeinderates ein Dank an den Verwaltungsrat und den Betriebsleiter, welche ein sehr grosses Engagement ausüben und viel ehrenamtlich tun. Mittlerweile, darf man feststellen, funktioniert der Betrieb. Man hat auch normale Betriebsjahre und das zeigt uns auch das eine oder andere auf. Auch wir im Gemeinderat haben erkannt, dass die aktuelle Betriebsform – die AG – vielleicht nicht das Richtige ist und es Justierungen braucht. Darum sind wir auch bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen und sämtliche mögliche Betriebsformen zu prüfen. Vielleicht geht es zurück auf eine AG. Das wissen wir nicht. Wir können es nur sagen, wenn wir es prüfen. Sollte das Postulat überwiesen werden, wird es selbstverständlich sofort in Angriff genommen. Es ist jedoch eine gewisse Komplexität vorhanden. Es braucht daher auch eine gewisse Zeit. Die Fragen des Postulats werden wir selbstverständlich ebenfalls behandeln, sodass wir dem Einwohnerrat das Postulat entsprechend überweisen können und die richtige Form präsentieren können.

### **Einzelvoten**

Heinrich Daniel, Die Mitte: Ich möchte etwas festhalten. Die Idee, welche von Olivier kommt, dass wir den Schüwo Park anschauen, ist grundsätzlich gut. Die Aussage von Dieter, dass die Verantwortlichen zuerst mal arbeiten sollen, ist ebenfalls gut. Folgendes müsst ihr berücksichtigen. Die drei Trägervereine der Niedermatten: Fussballclub, Leichtathletik und Tennisclub haben eine separate Vereinbarung mit der Gemeinde. Ich weiss nicht, ob ihr diese löschen möchtet – wie ihr das anschauen möchtet. Wir haben die Vereinbarung abgeschlossen. Man hat viel Geld gebracht. Alles unter ein Konstrukt zu stelle, um zu sehen, wie das Ganze funktioniert – da müssen wir zuerst einige Dinge regeln. Geniesst es bitte mit Vorsicht. Ich habe das volle Vertrauen in den Gemeinderat, dass er die richtigen Schlüsse daraus ziehen wird. Ich bin nicht immer einverstanden mit dem Gemeinderat. Aber er macht auch Vieles gut – das darf ich auch mal sagen.

### **Abstimmung**

*Das Postulat 15112 betreffend Liquidation der Sportpark Bünz matt AG und die Übernahme der Aktiven und Passiven durch die Gemeinde*

wird mit 32 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung überwiesen.

Läufer Marc, Präsident: Somit sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Ich bedanke mich für eures konstruktives Mitwirken. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 9. Dezember 2024 um 18.00 Uhr statt.

Für das Protokoll



Marc Läufer  
Präsident



Michelle Hunziker  
Aktuarin